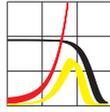


Max-Planck-Institut
für demografische Forschung



Rostocker Zentrum zur
Erforschung des Demografischen Wandels

EDITORIAL

Bemerkenswerte Folgen

Demografische Prozesse, politische Strategien und soziale Entwicklungen beeinflussen einander. Diese Ausgabe von *Demografische Forschung aus Erster Hand* gibt Beispiele und zeigt, wie etwa politische Rahmenbedingungen in Zeiten des Demografischen Wandels erhebliche Wirkung auf die Lebensbedingungen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen haben können.

So verdeutlicht der erste Beitrag, wie sich die familienpolitischen Strategien unterschiedlicher Länder auf das Armutsrisiko von Frauen auswirken. Für Deutschland ist eine Politikstrategie kennzeichnend, die an der traditionellen Rollenverteilung festhält – mit Frauen, die ihre Kinder zu Hause versorgen und eine Erwerbstätigkeit dafür unter- oder abrechnen. In Ländern, die diese Strategie umsetzen, ist Armut unter Alleinerziehenden hoch: Sie betrifft über ein Viertel der alleinerziehenden Mütter kleiner Kinder. Inzwischen sind in Deutschland familienpolitische Reformen eingeführt worden, die zur Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt und im Familienleben beitragen. Doch zeigen Diskussionen, etwa um die Einführung eines Betreuungsgeldes für Eltern, die ihre Kleinkinder zu Hause erziehen, wie verinnerlicht das traditionelle Rollenbild der Frau ist – mit Folgen für die Konzeption familienpolitischer Strategien.

Wie die Qualität demografischer Daten die Grundlagen für politische Entscheidungen verzerren kann, zeigt der Beitrag auf Seite 4. Seit etwa 20 Jahren wurde in Deutschland keine Volkszählung mehr durchgeführt, so dass die amtliche Statistik auf Fortschreibungen angewiesen ist. Auf diese Weise haben sich Überschätzungen bei der Zahl der Hochbetagten in die Datensätze geschlichen, vor allem für westdeutsche Männer. Eine mögliche Folge: Der Anteil an Pflegebedürftigen in der Altersgruppe 90+ wird unterschätzt.

Der Beitrag auf Seite 3 vergleicht das Geburtenverhalten von religiösen und nicht-religiösen Frauen in verschiedenen Ländern Europas. Religiöse Frauen planen und bekommen mehr Kinder als nicht-religiöse Frauen. Religiosität ist somit bei der Suche nach den Ursachen unterschiedlichen Geburtenverhaltens ein nicht zu vernachlässigender Faktor – auch in Zeiten, da der kirchlich gebundene Glaube in europäischen Gesellschaften eine immer geringere Rolle spielt.

Kristin von Kistowski und James W. Vaupel

Kinderbetreuung mindert Armut bei Alleinerziehenden

Politik beeinflusst Einkommen von Frauen

Elterngeld, Elternzeit, Kinderbetreuung – mit solchen Angeboten will die Politik Eltern ermöglichen, Beruf und Familie zu vereinbaren. Die Politikstrategien unterschiedlicher Länder spiegeln dabei verschiedene Rollenbilder von Männern und Frauen wider und beeinflussen die wirtschaftliche Situation von Frauen. Eine vergleichende Studie zeigt, dass das Armutsrisiko für Frauen in den Ländern groß ist, welche an der primären Rolle der Frau als Betreuerin ihrer Kinder zu Hause festhalten. Besonders betroffen: alleinerziehende Mütter.

Eine Studie der Universitäten von North Carolina und Massachusetts*, die gegenwärtig am Max-Planck-Institut für demografische Forschung fortgesetzt wird, zeigt, wie

familienpolitische Strategien das Armutsrisiko von Frauen beeinflussen – von Frauen mit und ohne Partner, von Müttern und Kinderlosen. Die Politikstrategien stützen sich dabei auf Frauenleitbilder, die unterschiedlicher kaum sein können.

Während noch vor einigen Jahrzehnten in vielen Ländern das Ernährer-Hausfrauen-Modell gelebt wurde, sind Frauen heute zunehmend sowohl Ernährerinnen als auch Betreuerinnen ihrer Kinder. Die Familienpolitik berücksichtigt dies von Land zu Land in unterschiedlichem Ausmaß. Die Unterschiede lassen sich zu vier familienpolitischen Strategien zusammenfassen (Abbildung 1):

Die **Betreuungsstrategie** ist dem Ernährer-Hausfrauen-Modell am nächsten. Sie geht von Frauen aus, die ihre Kinder zu Hause erziehen und belohnt sie für dieses Engagement. Damit stärkt die Politik die traditionelle Rollenaufteilung der Geschlechter. Charakteristische

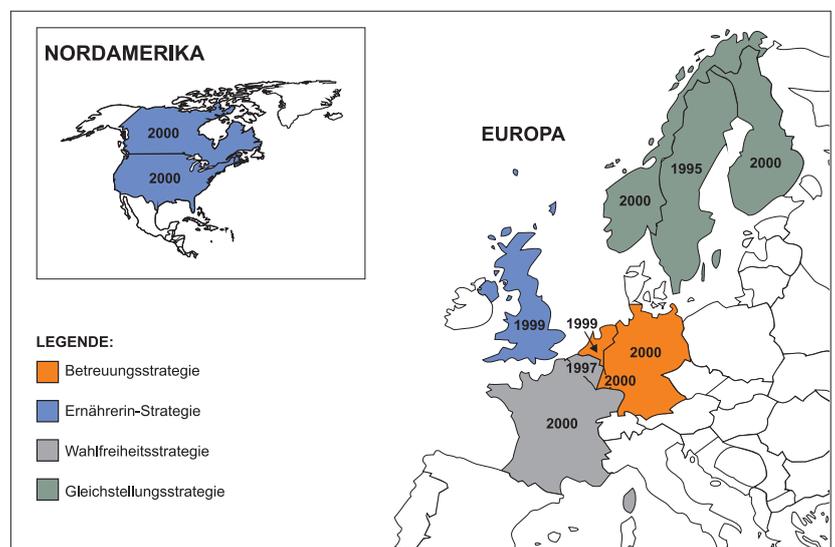


Abb. 1: Zuordnung der Familien- und Arbeitsmarktpolitik von elf untersuchten OECD-Ländern zu vier Politikstrategien. Jahresangaben beziehen sich auf Stichproben der Luxemburg Income Study. →

→ Elemente sind Betreuungsgeld, lange Elternzeiten oder eine Förderung der Teilzeitarbeit als ideale Form der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Diese Strategie ist für Länder wie die Niederlande, Luxemburg und Deutschland kennzeichnend.

Die **Ernährerin-Strategie** steht für eine Gesellschaft, in der Männer und Frauen sich gleichermaßen am Erwerbsleben beteiligen. Die Politik konzentriert sich darauf, Hürden und Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt abzubauen, kümmert sich aber nicht um Ungleichgewichte bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Diese Strategie ist im angloamerikanischen Raum verbreitet (USA, Kanada, Großbritannien).

Die **Wahlfreiheitsstrategie** ist für eine Gesellschaft charakteristisch, in der Frauen sowohl für ihre kinderziehende Rolle als auch für ihre Erwerbsarbeit wertgeschätzt werden. Sie stützt sich auf ein ambivalentes Frauenbild: Einerseits unterstützt die Politik die Erwerbstätigkeit von Frauen, etwa durch ein ausgebautes Netz der Kinderbetreuung, andererseits wird auch die Betreuung der Kinder zu Hause finanziell und durch die Gewährung von Elternzeiten gefördert. Eine gleichberechtigte Rolle von Männern bei der Familienarbeit wird dagegen weniger beachtet. Diese Strategie ist in Ländern wie Frankreich und Belgien umgesetzt.

Die **Gleichstellungsstrategie** zielt schließlich auf ein Gesellschaftsmodell, in dem Männer und Frauen sich gleichberechtigt an Familien- und Erwerbsarbeit beteiligen. Beide werden zu beruflichen Auszeiten ermuntert, eine hochwertige, staatlich subventionierte Kinderbetreuungsinfrastruktur ermöglicht die Erwerbstätigkeit der Eltern. Schweden bietet das beste Beispiel für diese in Skandinavien verbreitete Strategie. Doch trotz geförderter Frauenerwerbstätigkeit und eingeführter Vätermonate arbeiten auch dort mehr Frauen in Teilzeit oder lassen sich bei Krankheit der Kinder häufiger beurlauben als Männer.

Diese Strategien können sich auf die Beschäftigung, die Geburtenrate, die Entwicklungsperspektiven von Kindern und vieles mehr auswirken. Uns interessiert, welchen Einfluss sie auf das Armutsrisiko von Frauen und insbesondere von Müttern nehmen. Basierend auf Daten der Luxemburg Income Study (LIS) der Jahre 1995 bis 2000 wurden Armutsraten in elf OECD-Ländern (Belgien, Finnland, Frankreich, Deutschland, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Schweden, Großbritannien, USA und Kanada) gemessen.

Als Armutsgrenze wird ein Einkommen von weniger als 50 Prozent des mittleren Einkommens (Median) des Landes angenommen. Entscheidend ist das Einkommen nach Steuern einschließlich aller Transferleistungen. So wird deutlich, wie sich die

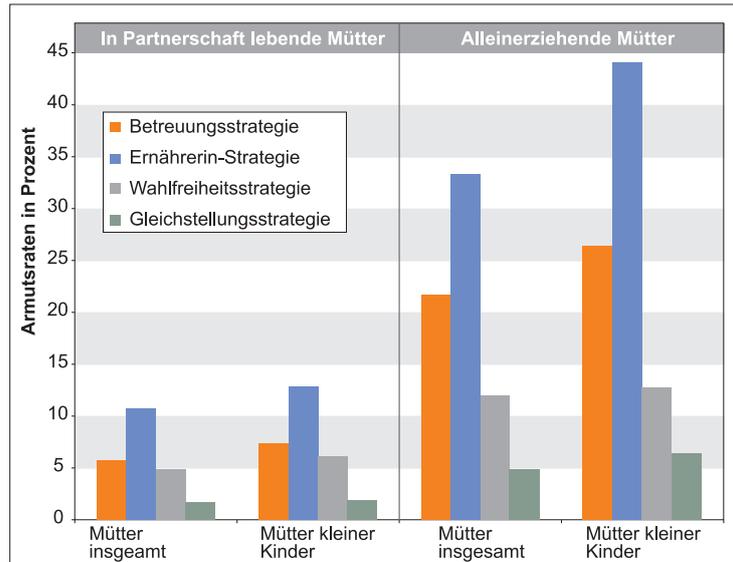


Abb. 2: Armutsraten nach Steuern einschließlich staatlicher Transferleistungen nach Politikstrategien für 1. Mütter mit Partner, 2. Mütter kleiner Kinder unter 6 Jahren mit Partner, 3. alleinerziehende Mütter und 4. alleinerziehende Mütter kleiner Kinder unter 6 Jahren. „Mit Partner“: verheiratet oder mit Partner des anderen Geschlechts zusammen lebend.

Rahmenbedingungen auf das Familieneinkommen auswirken. Andere Einflüsse auf das Armutsrisiko wie das Alter, der Beschäftigungsumfang sowie der Bildungshintergrund der Frauen wurden ebenfalls berücksichtigt.

Die Ergebnisse der Analyse machen deutlich, dass in allen Ländern das Armutsrisiko für alleinlebende Frauen größer ist als für solche, die in Partnerschaft leben – gleich, ob sie Kinder haben oder nicht. Kinder zu haben, insbesondere kleine Kinder unter sechs Jahren, erhöht das Armutsrisiko weiter. Unter den Frauen mit Partnern leben im Durchschnitt drei Prozent der kinderlosen Frauen in Armut, sechs Prozent der Mütter und sieben Prozent der Mütter mit kleinen Kindern. Alleinerziehende Mütter sind dagegen stark von Armut gefährdet: 19 Prozent leben unter der Armutsgrenze, bei den alleinerziehenden Müttern kleiner Kinder sind es sogar 24 Prozent.

Die Familienpolitik spielt dabei eine Rolle: Die skandinavische Gleichstellungsstrategie erweist sich als die wirkungsvollste, um Armut unter Müttern, auch unter alleinerziehenden, einzudämmen (Abbildung 2). Die französische Wahlfreiheitsstrategie bietet ein ähnliches Paket an Maßnahmen, welche die Erwerbstätigkeit von Müttern fördern, unterstützt aber auch die Betreuung kleiner Kinder zu Hause. Das Modell hält so stärker an der traditionellen Rollenverteilung fest und ist durch höhere Armutsraten geprägt – besonders bei alleinstehenden Müttern. In den angloamerikanischen Ländern der Ernährerin-Strategie wird die Kinderbetreuung weitgehend dem Einzelnen oder dem Markt überlassen – mit erheblichen Konsequenzen für die Armut von Frauen, unter der jede dritte alleinerziehende Mutter leidet. In den Ländern der Betreuungsstrategie unterstützt die Politik Mütter dabei, zu Hause bei den Kindern zu bleiben. Partnerschaft mildert in diesem Modell das Armutsrisiko, alleinerziehende Mütter sind dagegen hohen Armutsraten ausgesetzt.

Dass wir in den Ländern der Ernährerin-Strategie hohe Armutsraten für Mütter finden, überrascht weniger als das hohe Armutsniveau alleinerziehender Mütter in Ländern der Betreuungsstrategie, zu denen auch Deutschland gehört. In einem System, das davon ausgeht, dass der Mann klassischerweise das Geld verdient und die Frau bei den Kindern bleibt, sind Alleinerziehende besonders benachteiligt. Doch sind alleinstehende Mütter keine vernachlässigbare Splittergruppe. Sie verkörpern im Gegenteil einen von Armut bedrohten, wachsenden Teil der Gesellschaft, der auf familienpolitische Maßnahmen in besonderer Weise angewiesen ist. Unsere Ergebnisse zeigen, dass die Erhöhung der Betreuungsquote für Kinder unter drei Jahren das

Armutsrisiko besonders für Alleinerziehende senkt.

Inzwischen sind in Deutschland 2007 mit Elterngeld und Vätermonaten Elemente der Gleichstellungsstrategie eingeführt worden. Das bedeutet jedoch noch keinen Strategiewechsel, da Elemente wie das Ehegattensplitting, die beitragsfreie Kranken- und Pflegeversicherung, die Anrechnung von Kindererziehungszeiten für die Rente und, zumindest in Westdeutschland, die geringe Betreuungsquote für unter Dreijährige, die Betreuungsrolle der Mutter weiter stützen. Zudem ist die Einführung eines Betreuungsgeldes für Mütter vorgesehen, die ihre Kleinkinder zu Hause erziehen.

Auch die dreijährige Elternzeit wie in Deutschland und Österreich kann zum Armutsrisiko beitragen. Elternzeiten haben grundsätzlich positive Effekte für die Versorgungslage von Müttern, doch ist die Dauer für den Erfolg entscheidend: Lange Erwerbsunterbrechungen wirken kontraproduktiv, indem sie die beruflichen Entwicklungschancen und das Einkommen von Frauen schwächen.

Wie lässt sich die Armut unter Müttern verringern? Der Schlüssel liegt in einer Politik, die Mütter und Väter auf dem Arbeitsmarkt und im Familienleben gleichstellt. Eine solche Politik beinhaltet finanzielle Unterstützung für Familien, zeitlich begrenzte Elternzeiten und vor allem Kinderbetreuung. Wenn dann Erwerbsstellen noch Zeit für die Familie lassen und sowohl Frauen als auch Männer diese Zeit für die Kinderbetreuung verwenden, wäre viel erreicht.

Michelle J. Budig

Literatur:

*Misra, J., S. Moller and M.J. Budig: Work-family policies and poverty for partnered and single women in Europe and North America. *Gender & Society* 21(2007)6: 804 - 827.

Mehr Nachwuchs für religiöse Mütter in Europa

Einfluss von Religion auf das Geburtenverhalten in allen Ländern zu beobachten

Kirchlich gebundene Religion hat in Europa an Bedeutung verloren. Wie eine vergleichende Studie des Vienna Institute of Demography mit 18 europäischen Ländern zeigt, besteht Religiosität jedoch bis heute fort und scheint auch in modernen Gesellschaften relevant für die Lebensgestaltung und Familienplanung zu sein. So beeinflusst der Glaube das Geburtenverhalten: Religiöse Frauen planen und bekommen mehr Kinder als nicht-religiöse Frauen.

In vielen Ländern Europas ist die Säkularisierung und damit der Rückgang kirchlich gebundener Religiosität weit fortgeschritten. Indizien sind die steigende Anzahl an Kirchenaustritten sowie rückläufige Zahlen bei Kirchgängern und Priestern. Diese Entwicklungen haben zu der Annahme geführt, dass der Einfluss von Religiosität auf das gesellschaftliche Leben und die Entscheidungen jedes Einzelnen zunehmend kleiner wird.

In einem europäischen Ländervergleich geht unsere Studie daher der Frage nach, in welchem Maß das Geburtenverhalten der Elterngeneration noch durch Religiosität beeinflusst wird. Die Analyse beschränkt sich auf Frauen im Alter bis 40 Jahre. Die verwendeten Daten stammen aus den „Fertility and Family Surveys“, einer Reihe von Umfragen, die während der 1990er Jahre unter der Koordination der Vereinten Nationen durchgeführt wurden.

Angaben zur Religiosität umfassen die Konfessionszugehörigkeit, die Häufigkeit des Kirchgangs, die Frage, ob Gott im Leben eine wichtige Rolle spielt, sowie eine allgemeine religiöse Selbsteinschätzung. Aufgrund höherer Fallzahlen stehen dabei insbesondere Personen mit christlicher Religionszugehörigkeit (Katholiken, Protestanten, Orthodoxe) im Vordergrund. Zur Einschätzung des Geburtenverhaltens analysierten wir die von den Frauen als ideal angesehene Kinderzahl, ihre Absicht, ein zweites oder drittes Kind zu bekommen, sowie die tatsächliche Anzahl geborener Kinder.

Die Ergebnisse der Studie lassen darauf schließen, dass – trotz einer in Europa weit verbreiteten Abkehr der Menschen von der Kirche – Religiosität immer noch einen großen Einfluss auf das Geburtenverhalten hat. So liegt die als ideal angesehene Kinderzahl bei Frauen, die sich selbst als religiös einschätzen, in allen Ländern – mit Ausnahme Bulgariens, Lettlands und Estlands – deutlich höher als bei jenen, die angeben, nicht religiös zu sein (Abbildung 1). Größte Unterschiede bestehen zumeist zwischen Frauen, die sich entweder der christlichen oder keiner Religion zugehörig fühlen. Unterschiede zwischen den verschiedenen christlichen Konfessionen sind allerdings nur in wenigen Ländern feststellbar. Beispielsweise geben in den baltischen Staaten

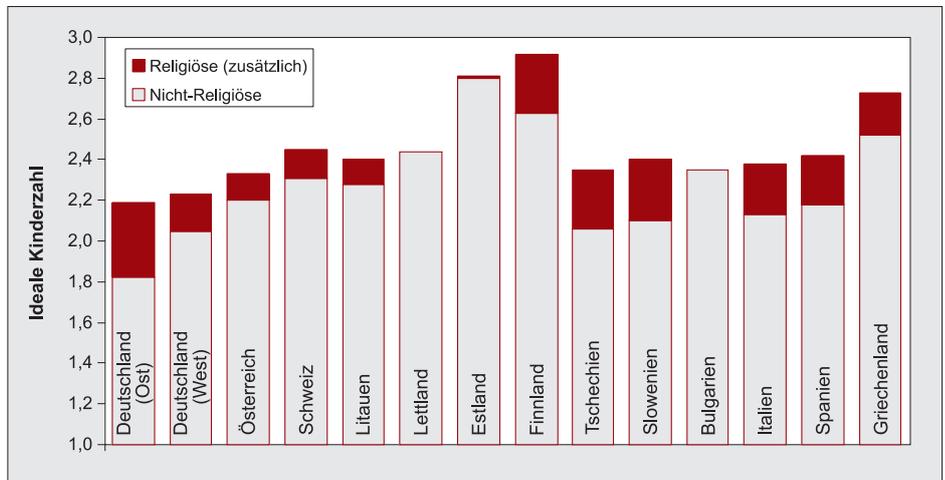


Abb. 1: Ideale Kinderzahl religiöser und nicht-religiöser Frauen (laut Selbsteinschätzung), ausgewählte Länder.

Orthodoxe eine niedrigere ideale Kinderzahl an als Protestantinnen und Katholikinnen.

Dass Werte und Vorstellungen, wie die als ideal angesehene Kinderzahl, durch Religiosität beeinflusst sind, mag nicht überraschen. Doch setzen religiöse Frauen diese Ideale auch in ihrem eigenen Leben um? Planen und bekommen sie tatsächlich mehr Kinder als nicht-religiöse Frauen?

Bei der Absicht, ein zweites und ein drittes Kind zu bekommen, spielt die Kirchengangshäufigkeit der Frauen eine wesentliche Rolle – insbesondere in den Ländern, deren Bevölkerungen vergleichsweise religiös sind, wie in Griechenland, Italien, Polen und der Schweiz. Doch auch in Westdeutschland oder in Lettland wünschen sich Frauen, die mindestens ein Mal pro Monat am Gottesdienst teilnehmen, eher ein zweites Kind als Frauen, die seltener in die Kirche gehen. Die Absicht, ein drittes Mal Mutter zu werden, ist in diesen Ländern aber nicht durch Religiosität beeinflusst.

Auch in Bezug auf die tatsächliche Kinderzahl ist Religiosität relevant. Regelmäßige Kirchgängerinnen bekommen insgesamt mehr Kinder als Frauen, die seltener als ein Mal im Monat den Gottesdienst besuchen. Unterschiede im Geburtenverhalten sind aber vergleichsweise gering in Ländern wie Griechenland, Italien und Spanien, deutlich ausgeprägter in der Tschechischen Republik, Finnland, Slowenien oder der Schweiz.

Insgesamt ist bei den Auswertungen wichtig, wie Religiosität gemessen wird: So geht die Tatsache, regelmäßig Gottesdienste zu besuchen, generell mit einer höheren Fertilität einher als die alleinige Zugehörigkeit zu einer Konfession oder die religiöse Selbsteinschätzung. Häufiger Kirchgang erfordert eine höhere Aktivität seitens des Gläubigen und kann damit als stärkeres Zeichen von Verbundenheit mit dem Glauben verstanden werden.

Der internationale Vergleich zeigt, dass Religiosität in Europa immer noch ein wichtiges Handlungsmotiv

im Bereich der Fertilität ist. Doch wie kann Religion Einfluss nehmen?

Erstens ist davon auszugehen, dass Gläubige grundsätzlich mit den Anschauungen ihrer Kirche übereinstimmen. Familie und Kinder sind im Christentum von zentraler Bedeutung. Auch die Betonung der Mutterrolle, die Hochschätzung der Ehe und die Skepsis gegenüber Abtreibungen und künstlicher Verhütung sind Lehren, die eher geburtenfördernd wirken.

Zweitens haben Kirchengemeinschaften die Funktion sozialer Netzwerke. Die Plausibilität kirchlicher Anschauungen wird in der Kommunikation mit anderen Mitgliedern, etwa in gemeinsamen Ritualen und Unterweisungen, bestätigt. Der Kontakt mit kinderreichen Familien beeinflusst die Vorstellung über die ideale Kinderzahl und befördert einen Nachahmungseffekt. Zudem können Kirchgänger bei Fragen rund um das Thema Kinder auf die Unterstützung anderer Mitglieder zählen.

Drittens kann Religiosität helfen, neue und schwierige Lebenssituationen zu bewältigen. Auch die Geburt von Kindern ist ein tiefer Lebenschnitt, der potenziell mit Unsicherheit verbunden ist. Sich dieser Aufgabe zu stellen, könnte religiösen Frauen leichter fallen, wenn sie durch ihren Glauben und kirchliche Riten, wie die Taufe, Beistand und Beruhigung erfahren.

Caroline Berghammer

📖 Literatur:

Philipov, D. and C. Berghammer: Religion and fertility ideals, intentions and behaviour: a comparative study of European countries. In: Vienna yearbook of population research 2007, W. Lutz (Ed.). Vienna Institute of Demography of the Austrian Academy of Sciences, Vienna 2007, 271-305. www.oew.ac.at/vid/publications/VYPR2007/Yearbook2007_Philipov-Berghammer_pp271-305.pdf.

Weniger Hochbetagte als gedacht

Korrekturen in der amtlichen Statistik für Westdeutschland notwendig

Die Fortschreibung in der amtlichen Statistik überschätzt die Bevölkerung, insbesondere im Alter 90 Jahre und älter. In den alten Bundesländern liegen die offiziellen Zahlen zum Ende 2004 bei Männern um rund 40 Prozent zu hoch. Dies hat Auswirkungen auf weitere Berechnungen: So ist die Pflegerate unter den Hochbetagten vermutlich weit unterschätzt.

In Deutschland fanden die letzten Zensen im Jahr 1987 (West) und 1990 (Ost) statt. Seither werden die Bestände von Jahr zu Jahr fortgeschrieben. Der große zeitliche Abstand zur letzten Zählung hat jedoch zur Folge, dass die Bevölkerungsschätzung zunehmend schlechter wird. Dies erklärt sich durch Fortschreibungsfehler, die beispielsweise entstehen, wenn Wohnortwechsel nicht vollständig verbucht sind: Während Umziehende ihre Anmeldung am neuen Wohnort vornehmen, wird die Abmeldung unter der alten Adresse häufig unterlassen. Eine zusätzliche Person im Register wird erzeugt, welche nicht tatsächlich vorhanden ist. Jedes Kalenderjahr schieben sich diese „Karteileichen“ durch die Fortschreibung der Bestände in ein höheres Alter. Sie werden besonders im hohen Alter sichtbar, da die Jahrgänge infolge der Sterblichkeit zunehmend kleiner werden und der relative Anteil der „Karteileichen“ am Bestand steigt.

Welches Ausmaß hat der Fehler? Um dies zu beantworten, wurde in der vorliegenden Studie die Bevölkerung von 1960 bis 2004 rekonstruiert (Human Mortality Data Base; www.mortality.org). Dazu führten wir aus den tatsächlich beobachteten

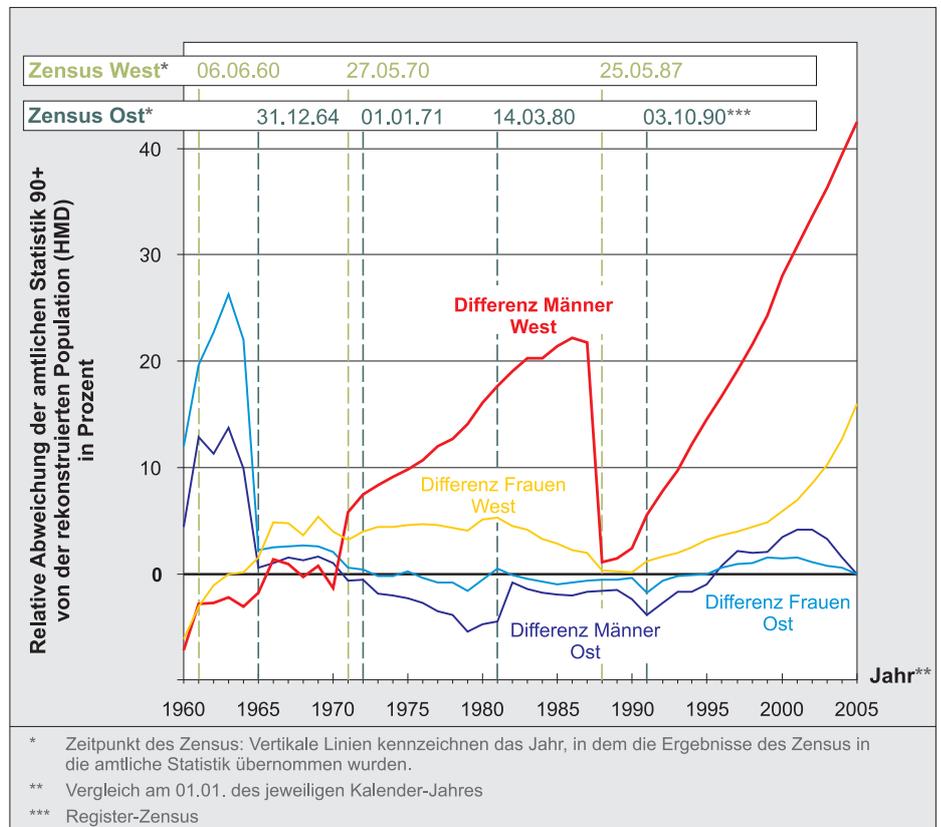


Abb. 1: Unterschiede zwischen amtlicher und rekonstruierter Bevölkerungsstatistik im Alter 90+; Quelle: Daten der amtlichen Statistik des Bundes und der Länder und Sonderauswertung im Forschungsdatenzentrum der Deutschen Rentenversicherung Bund 2003, Human Mortality Data Base (eigene Berechnungen).

Sterbefällen Rückberechnungen durch und glichen diese mit Daten der Rentenversicherung ab. So lassen sich korrigierte Bestände für Deutschland in der notwendigen Qualität nach Einzelalter und bis in das höchste Lebensalter herleiten und mit den offiziellen Zahlen vergleichen.

In Abbildung 1 sind die Unterschiede zwischen amtlichen und rekonstruierten Bevölkerungsdaten für die Altersgruppe 90+ dargestellt. Werte im positiven Bereich bedeuten, dass die Bestandszahlen in der offiziellen Statistik zu hoch liegen. Generell sichtbar ist, dass Abweichungen jeweils im Anschluss an durchgeführte Volkszählungen besonders klein ausfallen, aber mit zunehmendem zeitlichen Abstand wachsen. Im Osten sind große Differenzen vor allem vor der Volkszählung im Jahr 1964 zu beobachten. Die heutige Überschätzung der Bevölkerung im hohen Alter betrifft insbesondere die Bestände im Westen: Ende 2004 ist der Wert bei Männern bei etwa 40 Prozent und bei Frauen bei etwa 15 Prozent angelangt.

Fortschreibungsfehler dieser Art sind in vielen Ländern zu beobachten und auch vergleichend beschrieben. In Deutschland ist die Fehlerquelle seit 2005 durch eine veränderte An- und Abmeldepraxis in den Einwohnermeldeämtern ausgeschlossen. Nur ein erneuter vollständiger Zensus könnte jedoch die

bereits bestehenden „Karteileichen“ aufdecken, und somit zur Qualitätssicherung in der amtlichen Statistik beitragen. Denn auch weiterführende Berechnungen können von der systematischen Verzerrung betroffen sein: So liegt beispielsweise der Anteil Pflegebedürftiger oder die Häufigkeit von Krebs und Demenz in der Altersklasse 90+ vermutlich weit höher als heute angenommen, da die Bevölkerung an sich überschätzt wird. Da der Fehler unterschiedlich zwischen Männern und Frauen ausfällt, würde eine Korrektur zudem Aussagen darüber relativieren, wie stark die Geschlechter im hohen Alter von Pflegebedürftigkeit oder einzelnen Krankheiten berührt sind.

Rembrandt Scholz und Dimitri Jdanov

Literatur:

Scholz, R.D. und D.A. Jdanov: Nutzung der Daten des Forschungsdaten-zentrums der Rentenversicherung zur wissenschaftlichen Mortalitätsanalyse: Verfahren zur Korrektur der Bevölkerungsbestände der amtlichen Statistik im hohen Alter in Deutschland. http://forschung.deutsche-rentenversicherung.de/ForschPortalWeb/ressource?key=fdz_ws3_scholzjdanov.

IMPRESSUM

Herausgeber: James W. Vaupel, Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Rostock, in Kooperation mit Wolfgang Lutz, Institut für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien, und Gabriele Doblhammer, Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels
 ISSN: 1613-5822
Verantwortlicher Redakteur: Gabriele Doblhammer (V.i.S.d.P)
Redaktionsleitung: Kristin von Kistowski, Insa Cassens
Technische Leitung: Silvia Leek
Druck: Stadtdruckerei Weidner GmbH, 18069 Rostock
Anschrift: Max-Planck-Institut für demografische Forschung Konrad-Zuse-Str. 1, 18057 Rostock, Deutschland
Telefon: (+49) 381/2081-143 · **Telefax:** (+49) 381/2081-443
E-Mail: redaktion@demografische-forschung.org
Web: www.demografische-forschung.org
Erscheinungsweise: viermal jährlich
 Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung der Herausgeber oder der Redaktion wieder.
 Der Abdruck von Artikeln, Auszügen und Grafiken ist nur bei Nennung der Quelle erlaubt.
 Um Zusendung von Belegexemplaren wird gebeten.



Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V.